

# FREIBERUFLER-TICKER vom 10. November 2017

## 1. Jahresgutachten 2017/2018 „Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik“

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) hat am 8. November 2017 sein [Jahresgutachten „Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik“ 2017/18](#) vorgestellt. Der deutschen Wirtschaft wird eine Überauslastung attestiert, da der SVR mit einem Wachstum von zwei Prozent für das Jahr 2017 und 2,2 Prozent für das Jahr 2018 rechnet. Im Jahresgutachten kritisiert der SVR „die nicht genutzten Potenziale“ zum Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen, beispielsweise im Dienstleistungssektor, und die jüngste Verschärfung der Entsenderichtlinie. Auch der vermeintliche Rückstand Deutschlands im Aufbau neuer digitaler Geschäftsmodelle im Bereich Dienstleistungen wird bemängelt. Nach Einschätzung des SVR könnten Produktmarktreformen wie etwa die Absenkung von Markteintrittsbarrieren im Einzelhandels-, Dienstleistungs- oder Telekommunikationssektor mittelfristig zu höherem Wachstum führen. Des Weiteren sieht der SVR Effizienzpotenziale bei der Gesundheitsversorgung. Sektorenübergreifenden Ansätzen stünden sektorenspezifische Vergütungssysteme entgegen. Daher sollten die Anreize für Leistungserbringer zur sektorenübergreifenden Versorgung sowie zur stärkeren Ambulantisierung der Medizin ausgebaut werden. Die Arbeitnehmer sollten durch Bildung und Weiterbildung auf die digitale Arbeitswelt und den Strukturwandel besser vorbereitet werden.

## 2. Bundesrat zur europaweiten Altersvorsorge

Der Bundesrat hat sich Ende vergangener Woche mit dem Vorschlag für eine [Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt \(PEPP\) COM\(2017\) 343 final](#) auseinandergesetzt. Mit dem Verordnungsvorschlag soll als Beitrag zur Verwirklichung der Kapitalmarktunion ein einfaches, transparentes, verbraucherfreundliches, kostengünstiges und europaweit portables Altersvorsorgeprodukt geschaffen werden, um die bestehenden Systeme in den Mitgliedstaaten zu ergänzen und die Verbreitung der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu steigern. In seiner [Stellungnahme](#) begrüßt der Bundesrat grundsätzlich das Ziel der EU-Verordnung; zur konkreten Ausgestaltung und praktischen Umsetzung äußert er jedoch zahlreiche Bedenken. Dies betrifft insbesondere Fragen zur Anwendung des nationalen Vertragsrechts, zur Klärung von Streitigkeiten und zur Aufsicht. In über 30 Anmerkungen zeigen die Länder Verbesserungsbedarf auf.

## 3. Cybergefahr unvermindert hoch

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und BSI-Präsident Arne Schönbohm haben am 8. November 2017 den [Bericht](#) des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2017 vorgestellt. Die wichtigsten Ergebnisse: Die Gefährdungslage im Berichtszeitraum Juli 2016 bis Juni 2017 ist weiterhin auf hohem Niveau angespannt. Bekannte Einfallstore für Cyber-Angriffe bleiben unverändert kritisch bestehen. Die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung führen zwar zu Effizienzsteigerungen durch vereinfachte Prozesse, zu mehr Transparenz und zu mehr Komfort im Alltag. Gleichzeitig steigt das Bedrohungspotenzial deutlich an, da sich die Anzahl möglicher Angriffspunkte erhöht und die zu verarbeitenden Datenmengen sich vervielfachen. Die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher Angriffe auf digitalisierte Infrastrukturen wird damit größer.

#### **4. Mangel an IT-Fachkräften**

In Deutschland gibt es derzeit 55.000 offene Stellen für IT-Spezialisten in allen Branchen. Das entspricht einem Anstieg um acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das ist das Ergebnis der [Studie](#) zum Arbeitsmarkt für IT-Fachkräfte, die der Digitalverband Bitkom am 7. November 2017 veröffentlicht hat. Neun von zehn Unternehmen aller Branchen (89 Prozent) sind der Ansicht, dass Digitalkompetenz künftig genauso wichtig sein wird wie fachliche oder soziale Kompetenz. Sieben Prozent meinen, dass Digitalkompetenz in Zukunft die wichtigste Fähigkeit von Arbeitnehmern sein wird.

#### **5. IT-Ausstattung an Schulen kostet 2,8 Milliarden Euro**

Die Bertelsmann Stiftung hat modellhaft [berechnen](#) lassen, was eine lernförderliche Infrastruktur und eine Ausstattung mit Endgeräten kostet, und die Ergebnisse Ende vergangener Woche vorgestellt: Jährlich fallen für eine Grundschule durchschnittliche Kosten von circa 45.500 Euro an. Für eine weiterführende Schule liegen die Kosten bei etwa 300.000 Euro. Das entspricht circa 260 Euro pro Schüler in der Grundschule und rund 400 Euro pro Schüler in der weiterführenden Schule. Bei den aktuellen Schülerzahlen ergeben sich daraus Kosten von rund 2,8 Milliarden Euro im Jahr; Investitionen in Infrastruktur und Endgeräte sind dabei über einen Zeitraum von fünf Jahren umgelegt. Schätzungen auf der Basis der Ausgaben einzelner Kommunen deuten darauf hin, dass 20 bis 50 Prozent der jährlichen 2,8 Milliarden Euro von kommunaler Seite aufgebracht werden.

#### **6. BRH: Steuervergünstigungen abbauen**

Der Bundesrechnungshof (BRH) attestiert laut einer Mitteilung des Deutschen Bundestages vom 7. November 2017 dem Bundeshaushalt mittel- und langfristig erhebliche finanzwirtschaftliche Herausforderungen. Eine Prüfung der Steuervergünstigungen könne erhebliche finanzwirtschaftliche Spielräume eröffnen. Kritisch bewertet der BRH etwa die Energiebesteuerung, die Einkommensteuer in puncto haushaltsnaher Dienstleistungen sowie die Besteuerung von Dieselmotoren. Potenzial sieht der BRH auch in einer Reform des ermäßigten Umsatzsteuersatzes. Dies geht aus dem BRH-Bericht ([19/26](#)) zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Bundes hervor. Herausforderungen ergeben sich laut Bericht insbesondere aus der demografischen Entwicklung, die sich in zunehmenden Sozialausgaben niederschlägt. Der Bund übernehme zunehmend Sozialausgaben, für die Länder und Kommunen zuständig seien. Mittelfristig sei zudem weiterhin mit erheblichen Aufwendungen für die Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie zur Fluchtursachenbekämpfung zu rechnen. Auch Investitionen in die Infrastruktur werden auf den Haushalt durchschlagen. Ausgabenseitig erkennt der BRH nur geringes Einsparpotenzial.

#### **7. Rendite steigender öffentlicher Investitionen**

Die Bertelsmann Stiftung untersucht in ihrer Studie „[Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland](#)“, die am 7. November 2017 veröffentlicht worden ist, welche Effekte verstärkte öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Infrastruktur haben. Das Ergebnis: Eine dauerhafte Erhöhung der öffentlichen Investitionen um rund 20 Milliarden Euro pro Jahr steigert das jährliche Bruttoinlandsprodukt – bis zum Jahr 2020 um 14 Milliarden Euro und bis zum Jahr 2050 um über 100 Milliarden Euro. Schon nach fünf Jahren sollen dabei die jährlichen Wohlstandsgewinne die Investitionskosten übersteigen. Durchschlagen würde dies auch auf den Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitslosen würde um 440.000 Personen abnehmen und der Niedriglohnssektor sich um fünf Prozent verringern. Den größten volkswirtschaftlichen Nutzen sollen Investitionen in qualitativ hochwertige Kitas und Ganztagschulen haben.